

Anträge 37. Landesparteitag die Linke Bremen und Bremerhaven

Im folgenden dokumentieren wir die Anträge an den 36. Landesparteitag der Linken Bremen und Bremerhaven

Inhaltsverzeichnis

R - Regularien

R 00	Geschäftsordnung der Linken Bremen und Bremerhaven	5
R 01	Tagesordnung und Zeitplan	8

L - Leitantrag

L 01-1	Mehr Zukunft, soziale Gerechtigkeit, an der Seite der Menschen: Wir organisieren die Hoffnung in Bremen und Bremerhaven! - Teil 1 von 3	9
L 01-2	Mehr Zukunft, soziale Gerechtigkeit, an der Seite der Menschen: Wir organisieren die Hoffnung in Bremen und Bremerhaven! Teil 2 von 3	12
L 01-3	Mehr Zukunft, soziale Gerechtigkeit, an der Seite der Menschen: Wir organisieren die Hoffnung in Bremen und Bremerhaven! Teil 3 von 3	15

A - Anträge an den Parteitag

A 02	Gegen Rechts hilft nur Links	23
A 02 -01	Änderungsantrag zu A 02	26
A 02 -02	Änderungsantrag zu A 02	28
A 02 -03	Änderungsantrag zu A 02	29
A 02 -04	Änderungsantrag zu A 02	30
A 02 -05	Änderungsantrag zu A 02	31
A 02 -06	Änderungsantrag zu A 02	32
A 02 -07	Änderungsantrag zu A 02	33
A 07	Gegen den Ausbau der Rüstungsindustrie in Bremen	34
A 07 -01	Änderungsantrag zu A 07	36
A 08	Keine weitere Militarisierung Bremerhavens – Investitionen in soziale und zivile Zukunftsperspektiven	37
A 14	Für eine progressive linke Sicherheitspolitik	38

O - Anträge mit Organisationsbezug

O 01	Neuregelung der Mandatsträger*innenbeiträge	18
O 01-Anhang	Anhang zu O1 Mandatsträger*innenbeitragsordnung	20

Antrag R 00: Geschäftsordnung der Linken Bremen und Bremerhaven

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	R - Regularien

- 1 1 Der Landesparteitag wählt als Arbeitsgremien im Block auf Vorschlag des
2 Landesrates und, sofern nicht auf Befragen ein Widerspruch erhoben wird, in offener
3 Abstimmung für die Dauer der Amtszeit
- 4 • der Delegierten.
 - 5 • das Tagungspräsidium,
 - 6 • die Mandatsprüfungskommission,
 - 7 • die Wahlkommission,
 - 8 • die Antragskommission.
- 9 Wählbar sind alle, sofern sie Mitglied der Partei Die Linke sind.
- 10 2 Der Landesparteitag wird durch das von ihm gewählte Tagungspräsidium geleitet.
- 11 3 Geschäftsordnung, Tagesordnung und Zeitplan werden zu Beginn des
12 Landesparteitages in dieser Reihenfolge beschlossen. Die Geschäftsordnung bleibt
13 für die Dauer der Amtszeit der Delegierten gültig.
- 14 4 Alle gewählten und angemeldeten Delegierten haben Beschlussrecht, sofern die
15 Bundes- oder die Landessatzung nichts anderes bestimmen. Der Landesparteitag ist
16 beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der gewählten stimmberechtigten
17 Delegierten oder Ersatzdelegierten anwesend sind. Mitglieder des Landesverbandes
18 haben Rederecht.
- 19 5 Der Ablauf des Landesparteitages erfolgt entsprechend der vom Landesparteitag
20 beschlossenen Tagesordnung.
- 21 6 Wortmeldungen sind dem Tagespräsidium anzuzeigen. Das Tagungspräsidium hat das
22 Recht, Gästen des Landesparteitages das Wort zu erteilen. Die Reihenfolge der
23 Redner*innen wird innerhalb der beschlossenen Tagesordnung durch die Reihenfolge
24 der Wortmeldungen und die Quotierung bestimmt. Erstredende Delegierte werden
25 innerhalb ihrer Redeliste vorgezogen. Die Redezeit für Diskussionsredner*innen
26 beträgt maximal vier Minuten. Längere Redezeiten sind durch die*den Redner*in vor
27 Beginn der Rede zu beantragen und bedürfen der Bestätigung durch den
28 Landesparteitag. Delegierte haben das Recht, Anfragen an die
29 Diskussionsredner*innen zu stellen. Die Tagungsleitung kann die Anzahl der Anfragen
30 begrenzen.
- 31 7 Anträge, die nach Antragsschluss gestellt werden (Dringlichkeits- und
32 Initiativanträge), sind schriftlich bei der Antragskommission einzureichen und
33 erfordern, wenn sie zur Behandlung im Plenum kommen sollen, die Unterschrift von

- 34 mindestens zehn anwesenden angemeldeten Delegierten.
- 35 Zur Begründung selbstständiger Anträge erhalten zunächst die Antragsteller*innen
36 das Wort, die Redezeitbegrenzung beträgt vier Minuten. Danach erhält jeweils ein*e
37 Redner*in dagegen und ein*e Redner*in dafür das Wort. Die Redezeit beträgt hierfür
38 jeweils maximal zwei Minuten. Der Landesparteitag kann mit der absoluten Mehrheit
39 der Stimmen der anwesenden Delegierten eine Ausdehnung der Antragsdebatte
40 beschließen.
- 41 8 Die Abstimmung über Anträge erfolgt unter dem Tagesordnungspunkt Anträge, falls
42 der Landesparteitag nichts anderes beschließt. Alle Anträge werden nummeriert.
43 Änderungsanträge sind Anträge, die sich auf vorliegende Anträge beziehen und diese
44 ändern sollen. Sie können durch jede*n Delegierte*n gestellt werden.
45 Dringlichkeits- und Initiativanträge sind Anträge, die nach Antragsschluss auf
46 besondere politische Ereignisse oder grundsätzliche politische bzw.
47 gesellschaftliche Veränderungen reagieren und der Landesparteitag sich durch
48 entsprechende Beschlussfassung dazu verhalten muss. Anträge an die Kommissionen des
49 Landesparteitages können durch jede*n Delegierte*n gestellt werden.
- 50 9 Anträge zur Geschäftsordnung können nur von Delegierten mündlich und außerhalb
51 der Reihenfolge der Redeliste gestellt werden. Vor der Abstimmung darüber erhält
52 höchstens ein*e Redner*in dagegen und eine Redner*in dafür das Wort. Die Redezeit
53 beträgt jeweils maximal zwei Minuten. Bei laufender Abstimmung sowie während
54 Wahlgängen können keine Anträge zur Geschäftsordnung gestellt werden. Die Anträge
55 „Schluss der Debatte“, „Schluss der Redeliste“ und „Übergang zur Tagesordnung“
56 können nur von Delegierten gestellt werden, die zu dem Tagesordnungspunkt noch
57 nicht gesprochen haben. Vor Beschlussfassung ist die Redeliste zu verlesen.
- 58 10 Beschlüsse des Landesparteitages werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden
59 angemeldeten Delegierten gefasst, wenn kein anders lautender Antrag zum
60 Abstimmungsverfahren beschlossen ist und sofern die Bundes- und Landessatzungen und
61 diese Geschäftsordnung nichts anderes bestimmen.
- 62 11 Auf Antrag kann mit einfacher Mehrheit der delegierten Frauen ein Frauenplenum
63 des Landesparteitages in offener Abstimmung einberufen werden. Über einen in diesem
64 Frauenplenum gefassten Beschluss oder Beschlussvorschlag kann erst nach erneuter
65 Beratung des gesamten Landesparteitages abschließend entschieden werden.
- 66 12 Persönliche Erklärungen beziehen sich auf Angriffe gegen oder Zitierungen der
67 eigenen Person. Persönliche Erklärungen können nur nach Beendigung des
68 Tagesordnungspunktes abgegeben werden. Die Redezeit beträgt maximal zwei Minuten.
- 69 13 Die Sitzungen des Landesparteitages sind grundsätzlich öffentlich. Über die
70 Durchführung geschlossener Sitzungen entscheidet der Landesparteitag auf
71 begründeten Antrag mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen der anwesenden
72 angemeldeten Delegierten. Geschlossene Sitzungen werden
73 parteiöffentlich durchgeführt.
- 74 14 Über den Ablauf des Parteitages ist in Verantwortung des Tagungspräsidiums eine
75 Niederschrift zu fertigen und zu archivieren. Beschlüsse des Parteitages sind

- 76 schriftlich zu protokollieren und durch die Versammlungsleitung unverzüglich zu
77 beurkunden. Grundlage für die Veröffentlichung ist das gesprochene Wort. Es kann
78 eine Ton- bzw. Videoaufzeichnung erfolgen.
- 79 15 Funktelefone sind im Konferenzsaal stumm zu schalten.
- 80 16 Die Annahme der Geschäftsordnung erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit der
81 angemeldeten anwesenden Delegierten. Änderungen der beschlossenen
82 Geschäftsordnung sind nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit der anwesenden angemeldeten
83 Delegierten möglich.

Begründung

Die Geschäftsordnung muss für die Landesparteitage der Jahre 2026 & 2027 neu beschlossen werden.

Antrag R 01: Tagesordnung und Zeitplan

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	R - Regularien

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 **Sonntag, den 14. Juni 2026**
- 2 Anmeldung für Delegierte (ab 13.15 Uhr)
- 3 TOP 1 Begrüßung (14.00)
- 4 1.1 Beschluss der Tagesordnung und des Zeitplans
- 5 TOP 2 Grußwort (14.10)
- 6 TOP 3 Leitantrag zu strategischen Eckpunkten für das Wahlprogramm und für die
- 7 Kampagne zur Bürgerschaftswahl
- 8 3.1 Einbringung (14.20)
- 9 3.2 Debatte und Beschluss (14.35)
- 10 TOP 4 Bericht der Landesfinanzrevisionskommission (16.00)
- 11 TOP 5 Entlastung des Landesvorstandes 2024 bis 2025 (16.15)
- 12 TOP 6 Wahlen (16.20)
- 13 6.1 Nachwahl eines Mitgliedes des Landesvorstandes auf der quotierten Liste
- 14 6.2 Nachwahl zur Landesschiedskommission
- 15 6.3 Nachwahl zur Landesfinanzrevisionskommission
- 16 6.4 Stichwahl für den Platz des ersten Ersatzdelegierten zum Bundesparteitag
- 17 TOP 7 Anträge (17.20)
- 18 TOP 8 Schlusswort (18.00)

Begründung

-

Antrag L 01-1: Mehr Zukunft, soziale Gerechtigkeit, an der Seite der Menschen: Wir organisieren die Hoffnung in Bremen und Bremerhaven! - Teil 1 von 3

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 **Mehr Zukunft, soziale Gerechtigkeit, an der Seite der Menschen:**
- 2 **Wir organisieren die Hoffnung in Bremen und Bremerhaven!**
- 3 Die Bürgerschaftswahl 2027 fällt in eine Zeit, in der viele Menschen in Bremen und
- 4 Bremerhaven von Krisen betroffen sind. Preissteigerungen, Kriege und geopolitische
- 5 Unsicherheit sowie das unsoziale Agieren der Bundesregierung, die bislang im
- 6 Wesentlichen nur nach oben entlastet, haben Pessimismus, Armutsrisiken,
- 7 verteilungspolitische Schieflagen und konkrete Existenzängste verstärkt. Gerade in
- 8 diesen Zeiten muss die öffentliche Hand ein Garant für soziale Gerechtigkeit sein.
- 9 Wir wollen, dass niemand im Regen stehen bleibt. Wir wollen Probleme nachhaltig und
- 10 zukunftsorientiert lösen und wissen, wo wir ansetzen können. In den vergangenen
- 11 sieben Jahren haben wir für genau diesen Anspruch als Teil der ersten rot-grün-
- 12 roten Koalition in Westdeutschland gekämpft - wir sind mit den Aufgaben gewachsen
- 13 und treten für unsere Ziele 2027 gestärkt zur Bürgerschaftswahl an.
- 14 Wir sagen ganz klar: wir wollen mehr. Deshalb erneuern wir unseren Anspruch, nicht
- 15 nur den Status Quo verwalten zu wollen, sondern die Zukunft aktiv zu gestalten. Wir
- 16 erneuern unsere Motivation, einen tatsächlichen Gegenentwurf zu den anderen
- 17 Parteien und zu den Scheinalternativen von Rechts zu bieten. Wir wollen, dass
- 18 Investitionen und Entlastungen stärker bei den Menschen und gesellschaftlichen
- 19 Infrastrukturen ankommen, die unter Druck stehen. Wir wollen, dass Politik wieder
- 20 eine positive Kraft an der Seite der Menschen ist, auf die derzeit Krisen abgeladen
- 21 werden, für die sie nichts können. Dass die gesellschaftlich geleistete Arbeit
- 22 anerkannt wird, statt kleingeredet und mit ungerechten Kürzungen konfrontiert. Wir
- 23 wollen eine Hoffnung organisieren, die untersetzt ist mit konkreten Verbesserungen.
- 24 Dabei werden wir eine starke Stimme für diejenigen sein, die viel zu oft vergessen
- 25 werden: Alleinerziehende, prekär Beschäftigte und Erwerbslose,
- 26 Migrant*innen, Menschen und Familien mit eher geringen Einkommen, und all die
- 27 anderen, die auf ein funktionierendes Gemeinwesen angewiesen sind, das ihre Rechte
- 28 schützt.
- 29 **Die Linke hat sich in Regierung als Motor für soziale Gerechtigkeit**
- 30 **bewiesen**

31 Wir haben in den vergangenen Jahren viel auf den Weg gebracht: In Corona-Zeiten
32 haben insbesondere unsere „linken“ Ressorts maßgeblich dazu beigetragen, dass
33 Bremen und Bremerhaven gesundheits- und wirtschaftspolitisch besser als andere
34 Länder und Kommunen durch die Pandemie gekommen sind.

35 Im Gesundheitsbereich haben wir im Zuge der Pandemie-Bewältigung ein starkes
36 Krisenmanagement auf die Beine gestellt, und dafür unter anderem den Fokus auf
37 vulnerable Gruppen scharfgestellt: Mit der medizinischen Versorgung von Papierlosen
38 und Unversicherten, mit Hebammen- und Gesundheitszentren in unterversorgten
39 Stadtteilen, oder etwa dem kürzlich eröffneten Drogenhilfezentrum. In der ersten
40 Legislatur haben wir im Arbeitsressort an vielen Stellschrauben gedreht. Wir haben
41 den ersten Ausbildungsunterstützungsfonds Deutschlands (der jetzt von der Berliner
42 GroKo kopiert wird) auf den Weg gebracht und Arbeitsmarktintegrationsangebote
43 etabliert, die auf junge Geflüchtete oder alleinerziehende Mütter zugeschnittenen
44 sind.

45 Im Bereich Wirtschaft und Häfen haben wir einerseits die Kulturwirtschaft gestärkt,
46 indem wir auch hier stadtteilwirksame Maßnahmen priorisiert und Projekte wie das
47 Irgendwo abgesichert haben. Zudem haben wir intensiv an den Herausforderungen der
48 Transformation gearbeitet – an der (letztlich von Arcelor ausgebremsen) Umstellung
49 des Stahlwerks auf Wasserstoff, an der Sanierung und Weiterentwicklung von
50 Hafeninfrasturktur und am Aufbau von Wasserstoff-Infrastruktur, die mithilfe der
51 kürzlich begonnenen EU-Förderung als „Hydrogen Valley“ in Deutschland einzigartig
52 ist.

53 Über unsere Ressorts hinaus haben wir eine Vielzahl von Projekten angestoßen, die
54 es ohne eine Linke in der Landesregierung nicht gäbe. Dazu zählen der Fonds für
55 Energie- und Wassersperren, Doppel-Besetzungen (u.a. Erzieher*innen und
56 Sozialpädagog*innen als Zweitkräfte) an Grundschulen und die
57 Landesantidiskriminierungsstelle. Diese und viele weitere unserer Projekte, haben
58 eine Politik der sozialen Gerechtigkeit spürbar gemacht.

59 Trotz dieser Erfolge sind wir auch an Grenzen gestoßen. Insbesondere die laufende
60 Legislatur war von stark begrenzten finanziellen Mitteln geprägt, wesentlich durch
61 das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Notlagen-Krediten. Davon betroffen
62 waren vor allem Projekte der sozial-ökologischen Transformation, die weiterhin für
63 den Wirtschaftsstandort Bremen dringend notwendig sind. Der sozial-ökologischen
64 Transformation steht aktuell entgegen, dass mit der Zeitenwende in praktisch allen
65 Politikbereichen Rüstungslogiken Einzug gehalten und von unabsehbarer Dauer
66 Konjunktur haben. Dazu kommt die gesellschaftliche Rechtsverschiebung, die
67 Debatten- und Handlungsspielräume verengt und uns immer wieder Abwehrkämpfe
68 abverlangt.

69 **Wir wollen mehr!**

70 Unser Antritt für soziale Gerechtigkeit und ein Bundesland, in dem alle gut und
71 selbstbestimmt leben können – unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Sexualität,
72 Alter, Hautfarbe, Einkommen oder davon, ob sie eine Behinderung haben - ist einer

73 unter massiv verschärften Vorzeichen.
74 Angesichts der teils antidemokratischen und unsozialen Entwicklungen hat der
75 Einsatz für soziale Gerechtigkeit, ein solidarisches Miteinander und Menschenrechte
76 eine besondere Dringlichkeit. Wir beantworten Krisen und Veränderungen mit linken
77 Konzepten. Mit unserer Politik wollen wir diejenigen entlasten und schützen, die
78 von diesen Krisen am stärksten betroffen sind. Damit stellen wir uns in
79 antifaschistischer Tradition denjenigen entgegen, die meinen, mit Hetze und
80 Ausgrenzung gegen Migrant*innen, Leistungsempfänger*innen, behinderte oder queere
81 Menschen ein politisches Angebot zur Krisenbewältigung machen zu können. Bremen
82 bleibt stabil! Wir sind überzeugt davon, dass eine bessere Zukunft möglich ist. Wir
83 wollen gemeinsam eine Zukunft gestalten, die für alle da ist. Dafür setzen wir uns
84 im Kleinen wie im Großen ein: vom Zuhause, über die Quartiere, in der
85 Stadtgesellschaft bis auf Ebene des Bundeslandes.

Begründung

Antrag L 01-2: Mehr Zukunft, soziale Gerechtigkeit, an der Seite der Menschen: Wir organisieren die Hoffnung in Bremen und Bremerhaven! Teil 2 von 3

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Wohnen ist dein Recht, keine Ware!**

2 Wir alle brauchen ein gutes und sicheres Zuhause. Doch das ist viel mehr als vier
3 Wände mit Strom und Wasser - es ist der Raum, in dem ein großer Teil unseres Lebens
4 stattfindet, in dem wir Ruhe und Erholung finden. Das ist jedoch nicht gegeben,
5 wenn die Kosten des Wohnraums uns mit Armut bedrohen; wenn wir vor die Entscheidung
6 gestellt werden, ob wir im Winter heizen oder unseren Kindern etwas zu essen
7 kaufen. Nicht ohne Grund gilt: Wohnen ist ein Menschenrecht.

8 Der Markt regelt es eben nicht, dieses Recht für alle Menschen zu gewährleisten.
9 Wohnraum ist längst zu einer verknappten Ware geworden und für viele kaum noch zu
10 akzeptablen Bedingungen verfügbar, während private Immobilienkonzerne maßlose
11 Profite einfahren. In Bremen etwa sind die Angebotsmieten in den letzten zehn
12 Jahren um 46 Prozent erhöht worden, und Konsortien wie Vonovia und Grand City
13 Property zahlen jeweils über 180 Euro der Monatsmiete an Aktionäre aus.

14 Für uns ist klar: Wir sind die Partei der Mieter*innen. Wir streiten für bezahlbare
15 Mieten und legen uns mit großen Wohnungskonzernen und dreisten Vermietern an, die
16 überteuerte Mieten verlangen, ihre Wohnblöcke verfallen und ihre Mieter*innen
17 alleine lassen. Wir wollen den Instrumentenkasten dafür stärken: mit dem Ausbau der
18 von uns auf den Weg gebrachten Mietmeldestelle gegen Wuchermieten, mit
19 Vergesellschaftung von vernachlässigten Schrottimmobilien, mit dem Ankauffonds und
20 mit Milieuschutzsatzungen.

21 Wer Anspruch auf Wohngeld hat, soll nicht Monate auf Bescheide warten müssen.
22 Gleichzeitig ist das Wohngeld keine ausreichende Antwort auf die Wohnkrise. Es
23 braucht bezahlbaren Wohnraum! Dafür wollen wir den kommunalen und
24 genossenschaftlichen Wohnungsbau deutlich stärken und Sozialwohnungen gerecht in
25 die Stadtteile verteilen, denn Wohnraum muss der Profitlogik des Marktes entzogen
26 werden! Das Gleiche gilt für Grund und Boden - Schluss mit dem Verkauf öffentlicher
27 Flächen! Wir fordern einen Veräußerungsstopp und die Vergabe in Erbpacht, um
28 Bodenspekulation, Brachflächen, steigende Boden- und damit auch Wohnpreise zu
29 verhindern und die öffentliche Kontrolle über die Stadtentwicklung zu behalten.
30 Außerdem müssen wir uns Wohnraum wieder öffentlich aneignen etwa durch die Nutzung
31 von kommunalen Vorkaufsrechten. Für private Eigentümer und Vermieter wollen wir,

32 dass der Abschied von fossilen Energieträgern sozialverträglich gestaltet wird.

33 **Gut versorgt vor Ort: Lebenswerte Quartiere mit funktionierender**
34 **sozialer Infrastruktur**

35 Zu einem guten Zuhause gehört auch eine lebenswerte Umgebung mit allem, was wir für
36 das tägliche Leben brauchen. Dazu gehören (bezahlbare) Supermärkte, soziale
37 Treffpunkte, Spielplätze, Jugendfreizeits und Freizeit- und Aufenthaltsorte auch für
38 ältere Menschen genauso wie die medizinische Versorgung, Beratungsangebote und der
39 Bürger-Service der Stadt. Darüber hinaus sind lebenswerte Stadtteile fit für den
40 Klimawandel, sie sind verkehrsberuhigt („Bewohnerparken“, Tempo-30-Zonen) und
41 ausgestattet mit Bäumen und Grünflächen, die bei Hitze helfen, Wohngebiete
42 abzukühlen und bei starken Regenfällen zur Versickerung beitragen („Schwammstadt“).
43 Wir denken Politik grundsätzlich von den Menschen und ihrer konkreten
44 Lebensumgebung her und wollen sie gemeinsam mit ihnen gestalten – also aus der
45 Perspektive der Stadtteile bzw. Quartiere. Konkret fordern wir eine deutliche
46 Steigerung der Finanzierung von sozialen Projekten, Begegnungs- und Beratungsorten
47 in den Stadtteilen sowie die Intensivierung des Ansatzes, Gesundheits- und
48 Hebammenzentren und kommunale MVZs (medizinische Versorgungszentren) aufzubauen.
49 Menschen sollen so die Chance erhalten, die soziale Infrastruktur der Quartiere
50 mitzugestalten - bei Nachbarschaftstreffs, Quartiers-Cafés, Jugendprojekten,
51 Sozialkaufhäusern und Serviceleistungen. Außerdem fordern wir - so wie die Berliner
52 Linke - die Etablierung von „Nachbarschaftskantinen“, in denen für kleines Geld
53 Essen aufgetischt wird.

54 **Solidarische Stadtgesellschaften, die Chancen, Teilhabe und Sicherheit**
55 **bieten**

56 Für ein gutes Leben brauchen wir die Sicherheit, von unserer Arbeit leben zu können
57 und im Zweifelsfall von der Gesellschaft aufgefangen zu werden, Chancen für gute
58 Bildung und Weiterbildung, Teilhabe und die Möglichkeit, uns kulturell und
59 politisch in die Gesellschaft einbringen zu können.

60 Armut ist per se ein Problem, das gerade in reichen Ländern nicht sein muss und
61 nicht sein darf. Armut befördert Krankheit, Stigma und Isolation und beraubt damit
62 Kindern in besonderem Maße Möglichkeiten der Bildung und damit ihrer
63 Zukunftschancen. Soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit fangen auch beim
64 Bildungssystem an. Schon in Kitas braucht es ein gutes Angebot, das nicht nur
65 Betreuung bedeutet, sondern Lernen befördert. Deshalb wollen wir das Angebot
66 ausweiten und Gruppen verkleinern, besonders in benachteiligten Stadtteilen. Die
67 im Schulsystem angelegte soziale Spaltung wollen wir aufheben und werden deshalb
68 eine Verlängerung des Schulkonsenses nicht mehr mittragen. Das Gymnasium als Ort
69 der Segregation läuft aus! Wir wollen Gemeinschaftsschulen, die allen Kindern
70 gerecht werden - egal ob hochbegabt, mit Behinderung oder geflüchtete Kinder mit
71 Sprachförderungsbedarf - und die damit Ausgangspunkt für ein solidarisches
72 gesellschaftliches Miteinander sind.

73 Es muss möglich sein, mit unserer Arbeit eine gute Lebensgrundlage zu haben. Den

74 Start dafür bietet eine gute Ausbildung. Deswegen halten wir am Ausbildungsfonds
75 fest und wollen mit den Mitteln des Fonds Maßnahmen finanzieren, die mehr jungen
76 Menschen eine gute Ausbildung in unseren Städten ermöglichen. Darüber hinaus ist
77 für uns klar: Gute Bildung darf keine Frage des Geldbeutels sein. Der
78 Semesterbeitrag muss deutlich günstiger werden!

79 Auch in Zeiten der Transformation müssen Beschäftigte abgesichert sein. Wenn sich
80 Anforderungen an Beschäftigte verändern oder der Arbeitskräftebedarf sinkt, müssen
81 Unternehmen passende Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote bereitstellen und
82 finanzieren, gegebenenfalls auch für Tätigkeiten in anderen Bereichen. Das Land hat
83 hier eine Steuerungs- und Gewährleistungsverantwortung. Gute Arbeit braucht
84 außerdem gute Arbeitsbedingungen und Bezahlung. Dafür wollen das Tariftreue- und
85 Vergabegesetz ausweiten, sodass zum Beispiel in der Kulturbranche Basishonorare
86 gelten.

87 Gute Bildung und gute Arbeit sind die Grundlage für Vieles, aber nicht für Alles.
88 Wir wollen lebendige Stadtgesellschaften, mit Angeboten für Engagement, Raum für
89 Diversität und offene Debatte. In einer solidarischen Stadtgesellschaft vergessen
90 wir nie diejenigen, die am verletzlichsten sind. Denn die Stärke einer Gesellschaft
91 misst sich daran, wie sie mit den vermeintlich Schwächsten umgeht.

Begründung

-

Antrag L 01-3: Mehr Zukunft, soziale Gerechtigkeit, an der Seite der Menschen: Wir organisieren die Hoffnung in Bremen und Bremerhaven! Teil 3 von 3

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Zukunft für alle: Transformation gestalten - nicht erleiden**

2 Zu einem guten Leben gehören gute und sichere Arbeitsplätze. Bremen und Bremerhaven
3 sind wirtschaftlich geprägt durch die Häfen, Industrie, Windenergie und Logistik.

4 Wir wollen diese wirtschaftliche Basis und deren Entwicklung nicht dem Markt
5 überlassen, sondern demokratisch gestalten. Das bedeutet für uns: Nicht nur Anreize
6 schaffen und hoffen, dass die Privatwirtschaft es macht, wie wir es uns wünschen.

7 Wir wollen das Land als eigenständigen wirtschaftlichen Akteur verstehen - mit
8 starken öffentlichen Unternehmen etwa in Versorgung, Energie, Logistik, Wohnen und
9 Bau.

10 Wir kämpfen an der Seite der Beschäftigten. Wir wollen die Tarifbindung erhöhen,
11 Mitbestimmung stärken und damit bessere Löhne und sichere Arbeitsplätze
12 durchsetzen. Stahlindustrie und Hafendarbeit stehen vor erheblichen Veränderungen.

13 Wir kämpfen dafür, dass die Transformation dieser Branchen nicht zulasten derer
14 geht, die sie tragen. Automatisierung im Hafen muss zu Entlastung, nicht zu
15 Entlassungen führen - das muss auch der Grundsatz öffentlicher Förderung sein. Wir
16 wollen den Gesamthafenbetrieb absichern und weiterhin für verlässliche Arbeit im
17 Hafen sorgen. Darüber hinaus darf es bei der Ansiedlung und Entwicklung von Gewerbe
18 nicht alleine um die erwartete Wirtschaftskraft gehen - entscheidend sind
19 ökologische Nachhaltigkeit, Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung. Wir wollen Bremen
20 und Bremerhaven nicht abhängig machen von der Rüstungskonjunktur. Deshalb setzen
21 wir weiter auf Diversifizierung, auf eine vielfältige Wirtschaftsförderung, auf
22 mehr Unterstützung für Startups in der Gründungs- und gerade in der Aufbauphase.

23 Wir kennen die Herausforderungen unserer beiden Städte: Regelmäßig auf dem letzten
24 Platz bei bundesweiten Rankings, etwa in der Bildung oder bei der
25 Langzeitarbeitslosigkeit, notorisch klamm, verfestigte Armut und niedrige
26 Frauenerwerbsquote. Und wir kennen auch ihre Stärken: Bremen ist das einzige
27 Bundesland, das jünger wird. Bremen wächst, während andere Bundesländer schrumpfen,
28 nicht zuletzt durch die liberale Zuwanderungspolitik, für die wir stehen. Die
29 Hochschulen des Landes nehmen immer mehr Studierende auf – auch gegen den
30 bundesweiten Trend. Während bundesweit die Wirtschaft stagniert, hat Bremen zuletzt
31 eine positive Entwicklung hingelegt und die Zahl der sozialversicherten

32 Arbeitsplätze gesteigert. Der Gender-Pay-Gap ist seit 2021 um 6 Prozentpunkte
33 gesunken (von 22 Prozent in 2021 auf 16 Prozent in 2025). Der soziale Zusammenhalt
34 und das soziale Engagement sind hoch, und es gibt eine offene und kritische
35 Zivilgesellschaft, auch wenn das der CDU nicht gefällt.

36 Wir finden: es gibt gute Gründe dafür, dass eine positive Zukunft für Bremen und
37 Bremerhaven möglich ist. Aber das muss politisch gewollt und organisiert werden,
38 und die Handlungsspielräume dafür müssen immer wieder erkämpft werden. Wir wollen
39 die Rekommunalisierung von Wohnungen, Netzen und Versorgern weiter vorantreiben: um
40 Energie- und Wärmewende gestalten zu können und um sogenannte „Rentenprofite“
41 zurückzudrängen, die durch private Monopolstellungen erpresst werden. Wir wollen
42 Bremen und Bremerhaven zu Standorten günstiger und sauberer Energie machen. Wir
43 wollen die Krankenhauslandschaft zukunftsfähig aufstellen, mit einem starken
44 kommunalen Klinikkonzern als Zentrum. Finanzielle Spielräume wollen wir langfristig
45 erweitern, indem wir die Möglichkeit der Klima-Notlage nutzen, die Rolle
46 öffentlicher Gesellschaften ausbauen, die Grunderwerbsteuer progressiv gestalten
47 sowie die Zahl der Betriebsprüfungen erhöhen. Außerdem wollen wir uns im Bundesrat
48 für die Wiedereinsetzung der Vermögenssteuer einsetzen.

49 **Unser Personalvorschlag für die Spitze: Erneuerung, Kontinuität und** 50 **geballte Kompetenz**

51 Wir haben bei den vergangenen Wahlen mit einem starken Team gepunktet und werden
52 das wieder tun. Wir setzen dabei an unserer Spitze gleichzeitig auf Erneuerung und
53 Kontinuität und nominieren für die Aufstellungsversammlung als Spitzenkandidatin
54 Sofia Leonidakis, und für die Plätze 2, 3 und 4 Claudia Bernhard, Kristina Vogt und
55 Nelson Janßen. Nach 16 für unsere Partei sowie für Bremen und Bremerhaven sehr
56 prägenden und erfolgreichen Jahren und vier Wahlkämpfen als Spitzenkandidatin
57 übergibt Kristina Vogt damit den Staffelstab an Sofia Leonidakis. Sofia hat in den
58 vergangenen zwei Legislaturperioden Seite an Seite mit Nelson Janßen als
59 Fraktionsvorsitzende bewiesen, dass sie wie eine Löwin für soziale Gerechtigkeit
60 einsteht – egal, ob es um soziale Einrichtungen, die Wohnbedingungen von
61 Mieter*innen in Schrottimmobilien oder den Kampf gegen Rechts geht. Gemeinsam mit
62 den beiden Senatorinnen Kristina Vogt und Claudia Bernhard, die mit ihrer Kompetenz
63 und Erfahrung weiter zur Verfügung stehen, stellen wir damit drei sehr profilierte
64 und angesehene Frauen an unsere Spitze. Kristina Vogt und Claudia Bernhard haben
65 als erste Senatorinnen in einem westdeutschen Bundesland bewiesen, wie anerkannte
66 erfolgreiche linke Regierungsarbeit funktioniert. Das Quartett an der Spitze wird
67 komplettiert mit Nelson Janßen, der sich in den vergangenen Jahren als
68 vermittelnder, positionierter und fachpolitisch versierter Ko-Fraktionsvorsitzender
69 bewiesen hat.

70 **Jugendwahlkampf 2027 – auf ein Weiteres!**

71 Bei der vergangenen Bürgerschaftswahl hat unsere Jugendorganisation Linksjugend
72 [solid] an verschiedene erfolgreiche Jugendwahlkampagnen angeknüpft und dabei
73 einen Rekord erzielt. Noch nie konnte ein*e Jugendkandidat*in so viele Stimmen bei

- 74 einer Bürgerschaftswahl erzielen. An diesen Erfolg wollen wir anknüpfen, von den
75 Erfahrungen der letzten Wahlkämpfe profitieren und das Ergebnis weiter ausbauen.
- 76 Gerade in der heutigen Zeit gilt: Junge Menschen sind die Zukunft, und sie sind von
77 vielen Seiten besonderen Herausforderungen ausgesetzt: Klimakatastrophen, neue
78 Wehrpflicht, Kriege und der Rechtsruck sind eine schwere Hypothek auf die Zukunft.
79 Wir wollen Perspektiven mit jungen Menschen schaffen, das Leben in Bremen und
80 Bremerhaven zum Besseren zu gestalten.
- 81 Wir unterstützen, dass die Linksjugend [’solid] zur Bürgerschaftswahl wieder eine
82 Jugendwahlkampagne plant. Die dafür angestrebte Jugendkandidatur begrüßen wir und
83 schlagen vor, diese auf einem der ersten 12 Plätze zu positionieren. Die
84 Jugendkampagne wird auch bei der finanziellen Planung des Wahlkampfs berücksichtigt
85 werden.

Begründung

-

Antrag O 01: Neuregelung der Mandatsträger*innenbeiträge

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	O - Anträge mit Organisationsbezug

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 1. Für Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft der Partei Die Linke beträgt der an
2 die Partei abzuführende Mandatsträger*innenbeitrag grundsätzlich 12,2 Prozent
3 der monatlichen Abgeordnetenentschädigung einschließlich der Funktionszulagen.
4 Die Pflicht zur Entrichtung der Mandatsträger*innenbeiträge besteht auch über
5 das Ende der Mitgliedschaft in einer Fraktion oder der Partei Die Linke
6 hinaus.
- 7 2. Der Mandatsträger*innenbeitrag passt sich automatisch an Veränderungen der
8 Diäten beziehungsweise der Funktionszulagen an. Maßgeblich ist jeweils die
9 aktuell gültige Höhe der Abgeordnetenentschädigung.
- 10 3. Für Senatsmitglieder und Staatsrät*innen, die der Partei Die Linke angehören,
11 gilt grundsätzlich ebenfalls ein Beitrag in Höhe von 12,2 Prozent der
12 monatlichen Amtsbezüge, der sich ebenfalls automatisch an Veränderungen der
13 Amtsbezüge anpasst.
- 14 4. Kinder von Abgeordneten, Senator*innen und Staatsrät*innen werden zukünftig
15 berücksichtigt. Zur sozialen Differenzierung wird der zu entrichtende Beitrag
16 auf Antrag wie folgt reduziert:
17 um 1 Prozentpunkt je Kind im Alter von 0 bis 18 Jahren.
- 18 1. Bei nachgewiesener besonderer Belastung durch die Pflege von Angehörigen kann
19 der Mandatsträger*innenbeitrag auf Antrag in begründeten Einzelfällen
20 reduziert werden. Über entsprechende Anträge entscheidet der geschäftsführende
21 Landesvorstand.
- 22 2. Für parteilose Senator*innen und Abgeordnete, die auf Vorschlag der Partei Die
23 Linke in ihr Amt gelangt sind, soll vor Amtsübernahme eine schriftliche
24 Verabredung getroffen werden, wonach 12,2 Prozent der monatlichen Bezüge an die
25 Partei gespendet werden. Gleiches gilt für parteilose Staatsrät*innen, in den
26 Ressorts von Senator*innen der Partei Die Linke oder parteilosen
27 Senator*innen, die auf Vorschlag der Partei Die Linke in ihr Amt gelangt sind.
- 28 3. Die Annahme der als Anlage beigefügten Mandatsträger*innenbeitragsordnung des
29 Landesverbandes Die Linke Bremen und Bremerhaven.
- 30 4. Kandidierende für die Bürgerschaft sowie Mitglieder der Partei Die Linke, die
31 auf Vorschlag der Partei ein entsprechendes Amt übernehmen, haben eine
32 schriftliche Verpflichtungserklärung zur Zahlung der
33 Mandatsträger*innenbeiträge abzugeben. Der Landesvorstand wird beauftragt, die

- 34 dafür erforderlichen rechtssicheren Vereinbarungen und Verträge abzuschließen.
- 35 5. Der geschäftsführende Landesvorstand berichtet dem Landesvorstand mindestens
36 einmal jährlich über die Umsetzung der Mandatsträger*innenbeitragsordnung und
37 die geleisteten Mandatsträger*innenbeiträge sowie über Spenden von parteilosen
38 Amts- und Mandatsträger*innen.
- 39 6. Der Landesvorstand wird beauftragt, dem nächsten Landesparteitag Vorschläge
40 für die Regelung von Mandatsträger*innenbeiträgen bei Deputierten sowie bei
41 Aufsichtsratsmandaten vorzulegen.

Begründung

Die bisherige Regelung zu den Mandatsträger*innenbeiträgen ist in zentralen Punkten unklar. Insbesondere ist nicht eindeutig geregelt, wie die Berechnungsgrundlage zu bestimmen ist und in welchem Verhältnis feste Abgaben, mögliche Abzüge und prozentuale Regelungen zueinander stehen. In der Praxis wurde deshalb seit längerer Zeit faktisch mit festen Beträgen gearbeitet. Zugleich wurden die faktisch gezahlten Beiträge an die Partei über Jahre nicht an die gestiegenen Diäten angepasst. Der bisherige Parteibetrag von 650 Euro entsprach im Jahr 2023 rund 11,4 Prozent der damaligen Diät. Vor diesem Hintergrund ist ein Grundsatz von 12,2 Prozent sachgerecht: Er knüpft nachvollziehbar an die bisherige Praxis an, entwickelt sie aber geordnet weiter.

Der Antrag verbindet diese Anpassung mit einer sozialen Komponente. Wer für Kinder Verantwortung trägt, leistet im Alltag besondere Sorgearbeit und trägt zusätzliche finanzielle Verantwortung. Das soll bei der Höhe der Mandatsträger*innenbeiträge berücksichtigt werden. Für die Pflege von Angehörigen ist dagegen keine starre Pauschalregelung sinnvoll, weil die Belastungen sehr unterschiedlich sein können. Deshalb ist hier eine Einzelfallentscheidung durch den geschäftsführenden Landesvorstand der richtige Weg.

Außerdem braucht es eine systematischere Regelung für Senatsmitglieder, Staatsrät*innen, sowie für parteilose Amtsträger*innen, die auf Vorschlag der Partei in ein Amt gelangen. Ebenso notwendig sind klare schriftliche Verpflichtungserklärungen, damit die Regelung rechtssicher, nachvollziehbar und verbindlich umgesetzt werden kann.

Schließlich braucht es mehr Transparenz gegenüber den gewählten Gremien der Partei und eine Klärung bislang offener Bereiche wie Deputierte und Aufsichtsratsmandate.

Antrag O 01-Anhang: Anhang zu O1 Mandatsträger*innenbeitragsordnung

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	benötigt Überprüfung
Sachgebiet:	O - Anträge mit Organisationsbezug

1 **Mandatsträger*innenbeitragsordnung des Landesverbandes**

2 **Die Linke Bremen und Bremerhaven**

3

§ 1 Geltungsbereich

4 Diese Ordnung regelt die Mandatsträger*innenbeiträge an den Landesverband Die

5 Linke Bremen und Bremerhaven für Mitglieder der Partei Die Linke, die

6 1. der Bremischen Bürgerschaft angehören,

7 2. ein Senatsamt ausüben oder

8 3. das Amt eines Staatsrates oder Staatsrätin ausüben

9

§ 2 Mandatsträger*innenbeitrag für Mitglieder der Bremischen

10

Bürgerschaft

11

Für Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft der Partei Die Linke beträgt der an die

12

Partei abzuführende Mandatsträger*innenbeitrag grundsätzlich 12,2 Prozent der

13

monatlichen Abgeordnetenentschädigung einschließlich der Funktionszulagen.

14

§ 3 Mandatsträger*innenbeitrag Senatsmitglieder und Staatsrät*innen

15

Für Senatsmitglieder und Staatsrät*innen, die der Partei Die Linke angehören, gilt

16

grundsätzlich ebenfalls ein Beitrag in Höhe von 12,2 Prozent der monatlichen

17

Amtsbezüge.

18

§ 4 Anpassung des Mandatsträger*innenbeitrags

19

Der Mandatsträger*innenbeitrag passt sich automatisch an Veränderungen der

20

Diäten beziehungsweise der Funktionszulagen, sowie der Amtsbezüge an.

21

Maßgeblich ist jeweils die aktuell gültige Höhe der Abgeordnetenentschädigung bzw.

22

der Amtsbezüge.

23

§ 5 Berücksichtigung von Kindern

24

Kinder von in § 1 genannten Mandatsträger*innen werden wie folgt berücksichtigt:

25

Zur sozialen Differenzierung wird der zu entrichtende Beitrag auf Antrag um 1

26

Prozentpunkt je Kind im Alter von 0 bis 18 Jahren reduziert.

27

§ 6 Pflege von Angehörigen

28

Bei nachgewiesener besonderer Belastung durch die Pflege von Angehörigen kann

29

der Mandatsträger*innenbeitrag auf Antrag in begründeten Einzelfällen reduziert

30

werden. Über entsprechende Anträge entscheidet der geschäftsführende

31

Landesvorstand.

32

§ 7 Schriftliche Verpflichtungserklärung

33

Kandidierende für die Bürgerschaft sowie Mitglieder der Partei Die Linke, die auf

34

Vorschlag der Partei ein entsprechendes Amt übernehmen, haben eine schriftliche

35

Verpflichtungserklärung zur Zahlung der Mandatsträger*innenbeiträge abzugeben.

36

§ 8 Berichtspflicht

37

Der geschäftsführende Landesvorstand berichtet dem Landesvorstand mindestens

38

einmal jährlich über die Umsetzung der Mandatsträger*innenbeitragsordnung und die

39

geleisteten Mandatsträger*innenbeiträge.

40

§ 9 Inkrafttreten

41

Diese Ordnung tritt mit Beschluss des Landesparteitages in Kraft.

Begründung

siehe O1

Antrag A 02: Gegen Rechts hilft nur Links

Antragsteller/in:	Antikapitalistische Linke, Die Linke.SDS Bremen, Sebastian Rave (KV Links der Weser · Nr. 5701), LAG Frieden und Antimilitarismus
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Kapitalismus ist in mehr als einer Krise. Wir werden Zeuge eines historischen
- 2 Zusammenbruchs der bisherigen Weltordnung. Die USA befinden sich im Niedergang und
- 3 versuchen mit Klauen und Zähnen ihre Stellung als Weltmacht Nr. 1 gegen China zu
- 4 halten. Venezuela, Grönland, Ukraine, Israel/Palästina, Iran... Der Kampf um die
- 5 Aufteilung der Welt verschärft sich, neben den beiden Supermächten kämpfen auch
- 6 Mittelmächte um Macht, Einfluss, Rohstoffe und Märkte. Vor diesem Hintergrund
- 7 nehmen internationale Auseinandersetzungen zu und eskalieren immer öfter in
- 8 Kriegen. Das führt zu einem Rüstungswettkampf, an dem auch die EU "im Namen der
- 9 Unabhängigkeit" teilnimmt, und zunehmenden Migrationsbewegungen in den von Kriegen
- 10 betroffenen Ländern. Diese Tendenzen werden sich angesichts der sich verschärfenden
- 11 Klimakrise weiter zuspitzen, wenn weite Erdteile unbewohnbar und Rohstoffe knapp
- 12 werden.
- 13 Die Krise der Welthegemonie geht einher mit einer globalen politischen Krise der
- 14 liberalen, bürgerlichen Demokratie und ihrer Institutionen. Im Unvermögen der
- 15 Krisenbewältigung sinkt in vielen westlichen Ländern die Legitimation des alten
- 16 liberalen Establishments, während eine neue Rechte sich radikalisiert und an
- 17 Einfluss gewinnt. In den USA, Ungarn, Italien etc. haben faschistoide Kräfte die
- 18 Staatsmacht übernommen. Am weitesten geht die autoritäre Entwicklung in den USA, wo
- 19 mit ICE (Immigration and Customs Enforcement) politische Söldner*innen mit brutaler
- 20 Gewalt Trumps menschenfeindliche Politik durchsetzen und Proteste dagegen
- 21 niederschlagen.
- 22 Auch der deutsche Staat verschärft die Mittel der Herrschaft. Die materielle
- 23 Aufrüstung des Militär- und Sicherheitsapparats geht mit dem Ausbau seiner
- 24 Befugnisse einher. Alexander Dobrindt möchte eine stärkere Überwachung, der BND
- 25 soll ausgebaut werden. Verschiedene Bundesländer haben sich mit Palantir eine
- 26 Datenanalysesoftware des Trump-Freundes Peter Thiel angeschafft. Neben dem Ausbau
- 27 von Repressionsmöglichkeiten beobachten wir auch eine Umformung des
- 28 gesellschaftlichen Konsens. Nachdem seit Jahren gegen Migrant*innen, Arbeitslose,
- 29 Transmenschen mobilisiert wird, werden nun auch stärker Arbeiter*innen in den Fokus
- 30 genommen: Friedrich Merz wird nicht müde zu betonen, dass Arbeiter*innen sich
- 31 wieder kaputt arbeiten sollen. Unter dem verschärften Aufrüstungskurs sei kein Geld
- 32 für Sozialausgaben da, was drastische Einschnitte bei Renten, Krankenversicherungen
- 33 und Bildungsförderungen nötig mache. Nebeneffekt: Arbeiter*innen können sich

34 ausschließlich mit ihrem Überleben beschäftigen und den Herrschenden nicht in ihre
35 Politik reinreden. Junge Menschen sollen wieder in Uniformen gesteckt werden und
36 ihr Leben riskieren, um deutsche Macht- und Kapitalinteressen abzusichern.

37 Dies geht einher mit einer extremen Verschärfung der Bekämpfung der politischen
38 Linken: Eine Regelanfrage für Beamt*innen, wie sie der Hamburger Senat überlegt,
39 ist ein Vorbote für die Rückkehr der Berufsverbote. Mittelstreichungen und
40 parlamentarische Anfragen demonstrieren den Druck auf liberale NGOs und linke
41 Sozialarbeit. Wegen der Terroreinstufung der Antifa-Ost wurde der Roten Hilfe und
42 der DKP das Konto gekündigt. Ein V-Mann drang tief in das Privatleben von
43 Genoss*innen der IL ein und war auch im Bremer Landesverband der Linken aktiv.

44 Das alles ist der Hintergrund für den Aufschwung von Rechts. Die wachsende
45 Zustimmung für die radikale Rechte spiegelt die Radikalisierung von ohnehin schon
46 systemimmanent Bestehendem: Militarismus, Rassismus, Ausbeutung, Repression.

47 Daraus ergibt sich, dass die Rolle der Linken nicht sein darf, reine
48 Mehrheitsbeschafferin für Politik zu sein, die den Status Quo nur aufrecht erhalten
49 möchte – der Status Quo selbst, und damit auch seine Verwalter*innen, sind Ursprung
50 für den Aufschwung von Rechts.

51 Aufgabe der Linken muss stattdessen sein, eine Linke Antwort auf die Krise des
52 Systems zu geben:

- 53 • Radikale Umnutzung von Ressourcen: Sondervermögen für öffentliches
54 Wohneigentum statt für Aufrüstung.
- 55 • Verstaatlichung von Rüstungsindustrien zum Zweck der Konversion.
- 56 • Radikale Verkehrswende: Kostenloser Nahverkehr. Umstellung von Autoproduktion
57 auf Busse und Bahnen statt auf Panzer.
- 58 • Propagierung von gemeinsamer Gegenwehr gegen Inflation, Lohnsenkung und
59 Sozialabbau, unabhängig von Herkunft, Religion und Hautfarbe, als bestes
60 Mittel gegen Rassismus. Die vereinte Arbeiter*innenklasse ist bunt!
- 61 • Internationale Solidarität für den Sturz aller Kriegstreiber, egal ob Ost oder
62 West. Für uns in Deutschland bleibt der Hauptfeind der deutsche Imperialismus.
- 63 • Der Markt regelt nix: Es braucht die demokratische Kontrolle über die
64 Wirtschaft durch die Belegschaften und Konsument*innen selbst.

65 Doch dieses Programm kann nicht allein durch wenige Repräsentant*innen umgesetzt
66 werden, sondern muss durch die Arbeiter*innenklasse selbst erkämpft werden. Unsere
67 Partei kann ein Beispiel für politische Selbstbetätigung liefern.

68 • Wir arbeiten strategisch an einer stärkeren Verankerung in den Betrieben und
69 Gewerkschaften. Hier kämpfen wir für den Ausbau demokratischer Mitbestimmung
70 am Arbeitsplatz, bessere Arbeitsbedingungen, mehr Personal und höhere Löhne.

71 • Wir suchen eine stärkere Verbindung zu sozialen Bewegungen, öffnen uns für die
72 gesellschaftliche Linke und intensivieren die Zusammenarbeit mit
73

74 internationalen Arbeiter*innenparteien.

- 75 • Wir wollen weitere Basisgruppen in den Stadtteilen aufbauen, in denen wir uns
76 politisch austauschen, bilden, Aktivitäten planen und uns nachhaltig im
Stadtteil verankern

77 Diese linken Antworten auf die rechte Offensive machen deutlich: Eine Einigung mit
78 SPD und Grünen, geschweige denn mit CDU oder noch schlimmerem, wird nicht möglich
79 sein. Unsere Bündnispartner*innen sind deshalb die Antikriegsbewegung,
80 Gewerkschaften, Antifaschist*innen, die Klimabewegung, und die, die in den
81 Stadtteilen aktiv werden. Mit ihnen kämpfen wir um die Mehrheit, nicht nur im
82 Parlament, sondern in der Gesellschaft.

Begründung

erfolgt zusätzlich mündlich

Antrag A 02 -01: Änderungsantrag zu A 02

Änderungsantrag zu A 02

Antragsteller/in:	Hanno Balz (KV Mitte-Ost · Nr. 4601)
Status:	zurückgezogen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Zeile 22 - 36

~~22 Auch der deutsche Staat verschärft die Mittel der Herrschaft. Die materielle Aufrüstung des Militär- und Sicherheitsapparats geht mit dem Ausbau seiner Befugnisse einher. Alexander Dobrindt möchte eine stärkere Überwachung, der BND soll ausgebaut werden. Verschiedene Bundesländer haben sich mit Palantir eine Datenanalysesoftware des Trump-Freundes Peter Thiel angeschafft. Neben dem Ausbau von Repressionsmöglichkeiten beobachten wir auch eine Umformung des gesellschaftlichen Konsens. Nachdem seit Jahren gegen Migrant*innen, Arbeitslose, Transmenschen mobilisiert wird, werden nun auch stärker Arbeiter*innen in den Fokus genommen: Friedrich Merz wird nicht müde zu betonen, dass Arbeiter*innen sich wieder kaputt arbeiten sollen. Unter dem verschärften Aufrüstungskurs sei kein Geld für Sozialausgaben da, was drastische Einschnitte bei Renten, Krankenversicherungen und Bildungsförderungen nötig mache. Nebeneffekt: Arbeiter*innen können sich ausschließlich mit ihrem Überleben beschäftigen und den Herrschenden nicht in ihre Politik reinreden. Junge Menschen sollen wieder in Uniformen gesteckt werden und ihr Leben riskieren, um deutsche Macht- und Kapitalinteressen abzusichern.~~

Auch der deutsche Staat verschärft die Mittel der Herrschaft. Die materielle Aufrüstung des Militär- und Sicherheitsapparats geht mit dem Ausbau seiner Befugnisse einher. Alexander Dobrindt möchte eine stärkere Überwachung, der BND soll ausgebaut werden. Verschiedene Bundesländer haben sich mit Palantir eine Datenanalysesoftware des Trump-Freundes Peter Thiel angeschafft. Neben dem Ausbau von Repressionsmöglichkeiten beobachten wir auch eine Umformung des gesellschaftlichen Konsens. Nachdem seit Jahren gegen Migrant*innen, Arbeitslose, Transmenschen mobilisiert wird, werden nun auch stärker Arbeiter*innen in den Fokus genommen: Friedrich Merz wird nicht müde zu betonen, dass Arbeiter*innen sich wieder kaputt arbeiten sollen. Unter dem verschärften Aufrüstungskurs sei kein Geld für Sozialausgaben da, was drastische Einschnitte bei Renten, Krankenversicherungen und Bildungsförderungen nötig mache. Nebeneffekt: Arbeiter*innen können sich ausschließlich mit ihrem Überleben beschäftigen und den Herrschenden nicht in ihre Politik reinreden. Junge Menschen sollen wieder in Uniformen gesteckt werden und ihr Leben riskieren, um deutsche Macht- und Kapitalinteressen abzusichern.

Begründung

Unnötige Übertreibung, die die tatsächlichen Überlebenskämpfe von Menschen beispielsweise im

globalen Süden im Endeffekt relativiert.

Antrag A 02 -02: Änderungsantrag zu A 02

Änderungsantrag zu A 02

Antragsteller/in:	Hanno Balz (KV Mitte-Ost · Nr. 4601)
Status:	zurückgezogen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Zeile 41

- 37 Dies geht einher mit einer extremen Verschärfung der Bekämpfung der politischen Linken: Eine Regelanfrage für Beamt*innen, wie sie der Hamburger Senat überlegt, ist ein Vorbote für die Rückkehr der Berufsverbote. Mittelstreichungen und parlamentarische Anfragen demonstrieren den Druck auf liberale NGOs und linke Sozialarbeit. ~~Wegen der~~ Aus Angst vor Konsequenzen durch die Terroreinstufung ~~der Antifa-Ost~~ einer angeblichen "Antifa-Ost" durch die US-amerikanische Regierung wurde der Roten Hilfe und
- 41
- 42 der DKP das Konto gekündigt. Ein V-Mann drang tief in das Privatleben von Genoss*innen der IL ein und war auch im Bremer Landesverband der Linken aktiv.

Begründung

Die Terroreinstufung erfolgte in den USA, was allerdings Folgen haben könnte für Banken, wie in diesem Fall die GLS, die im internationalen Bankengeschäft tätig sind und daher auf einer US-Sanktionsliste landen könnten.

Antrag A 02 -03: Änderungsantrag zu A 02

Änderungsantrag zu A 02

Antragsteller/in:	Progressive Linke
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 77 - 79

- 77 ~~Diese linken Antworten auf die rechte Offensive machen deutlich: Eine Einigung mit SPD und Grünen, geschweige denn mit CDU oder noch schlimmerem, wird nicht möglich sein.~~ Unsere Bündnispartner*innen sind deshalb die Antikriegsbewegung,
- 80 Gewerkschaften, Antifaschist*innen, die Klimabewegung, und die, die in den Stadtteilen aktiv werden. Mit ihnen kämpfen wir um die Mehrheit, nicht nur im Parlament, sondern in der Gesellschaft.

Begründung

Selbstverständlich sind SPD und Grüne potenzielle Bündnisparteien für Die Linke. Und auch mit der CDU wird man zu bestimmten Anlässen zusammenarbeiten müssen, z.B. bei der Reform der Schuldenbremse.

Antrag A 02 -04: Änderungsantrag zu A 02

Änderungsantrag zu A 02

Antragsteller/in:	Progressive Linke
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 57

- 56 • Radikale Verkehrswende: Kostenloser Nahverkehr. Umstellung von Autoproduktion
- 57 auf Busse und Bahnen ~~statt auf Panzer.~~

Begründung

Rüstungsproduktion ist auf absehbare Zeit ein notwendiges Übel.

Antrag A 02 -05: Änderungsantrag zu A 02

Änderungsantrag zu A 02

Antragsteller/in:	Progressive Linke
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 55

- 55 • Verstaatlichung von Rüstungsindustrien ~~zum Zweck der Konversion.~~

Begründung

Konversion ist vielleicht perspektivisch das Ziel, angesichts der aktuellen geopolitischen Lage aber kein gangbarer Weg.

Antrag A 02 -06: Änderungsantrag zu A 02

Änderungsantrag zu A 02

Antragsteller/in:	Progressive Linke
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 36

- 22 Auch der deutsche Staat verschärft die Mittel der Herrschaft. Die materielle Aufrüstung des Militär- und Sicherheitsapparats geht mit dem Ausbau seiner Befugnisse einher. Alexander Dobrindt möchte eine stärkere Überwachung, der BND soll ausgebaut werden. Verschiedene Bundesländer haben sich mit Palantir eine Datenanalysesoftware des Trump-Freundes Peter Thiel angeschafft. Neben dem Ausbau von Repressionsmöglichkeiten beobachten wir auch eine Umformung des gesellschaftlichen Konsens. Nachdem seit Jahren gegen Migrant*innen, Arbeitslose, Transmenschen mobilisiert wird, werden nun auch stärker Arbeiter*innen in den Fokus genommen: Friedrich Merz wird nicht müde zu betonen, dass Arbeiter*innen sich wieder kaputt arbeiten sollen. Unter dem verschärften Aufrüstungskurs sei kein Geld für Sozialausgaben da, was drastische Einschnitte bei Renten, Krankenversicherungen und Bildungsförderungen nötig mache. Nebeneffekt: Arbeiter*innen können sich ausschließlich mit ihrem Überleben beschäftigen und den Herrschenden nicht in ihre Politik reinreden. Junge Menschen sollen wieder in Uniformen gesteckt werden und
- 36 ihr Leben riskieren, ~~um deutsche Macht- und Kapitalinteressen abzusichern.~~

Begründung

Wir sollten die Debatte um Verteidigungspolitik versachlichen. Da sind solche unbegründeten Unterstellungen fehl am Platz.

Antrag A 02 -07: Änderungsantrag zu A 02

Änderungsantrag zu A 02

Antragsteller/in:	Philipp Piechura (KV Mitte-Ost · Nr. 4621)
Status:	zurückgezogen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Zeile 47 - 50

47. ~~Daraus ergibt sich, dass die Rolle der Linken nicht sein darf, reine Mehrheitsbeschafferin für Politik zu sein, die den Status Quo nur aufrecht erhalten möchte – der Status Quo selbst, und damit auch seine Verwalter*innen, sind Ursprung für den Aufschwung von Rechts.–~~

Zeile 51

51. Daraus ergibt sich, dass es Aufgabe der Linken ~~muss stattdessen sein, eine Linke Antwort~~ist,
progressive und solidarische Antworten auf die Krise des
52. Systems zu geben:

Begründung

Die Änderung besteht aus zwei Aspekten. 1. streicht sie einen unnötigen, polemischen Seitenhieb. Niemand innerhalb der Partei versteht die Rolle der Linken als die einer bloßen Mehrheitsbeschafferin; 2. versucht sie Redundanz (Linke Aufgabe = Linke Antwort) inhaltlich etwas zu füllen, in dem "linke Antwort" durch "progressive und solidarische Antworten" ersetzt wird.

Antrag A 07: Gegen den Ausbau der Rüstungsindustrie in Bremen

Antragsteller/in:	LAG Frieden und Antimilitarismus, Karl Brönnle (OV Bremen-Nord · Nr. 2601), Beekje van Laaten (KV Mitte-Ost · Nr. 4015), Margit Hebeda (KV Links der Weser · Nr. 5006), Dagmar Czyborra, Olaf Zimmer (KV Links der Weser · Nr. 5705), Andrea Spangenberg (KV Links der Weser · Nr. 5016), Sebastian Rave (KV Links der Weser · Nr. 5701), Elisa Mellin (KV Links der Weser · Nr. 5009), Wilfried Scharenberg (KV Links der Weser · Nr. 5703)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Senator:innen und Fraktion der Partei werden aufgefordert zu verhindern, dass
- 2 öffentliche bremische Mittel für Rüstungsinvestitionen eingesetzt werden, die in
- 3 Auslandseinsätzen und für den Export von Rüstungsgütern verwendet werden. Die
- 4 Rüstungsindustrie in Bremen ist zugunsten ziviler Produktion zurück zu fahren.

Begründung

Bremen ist mit 10.000 Beschäftigten in der Rüstungsbranche inklusive Zulieferindustrie eine der größten Rüstungshochburgen Deutschlands. Der kriselnden Wirtschaft soll mit einer Ausweitung der Rüstungsproduktion (Kriegskeynesianismus) begegnet werden, obwohl dies auch im ökonomischen Sinn lediglich einem Strohfeuer gleicht. Grundsätzlich steht die Partei Die Linke für die Schaffung von Arbeitsplätzen, aber es müssen gute Arbeitsplätze sein. Gut für die Beschäftigten hinsichtlich der Entlohnung und der Arbeitsbedingungen. Und gut für die Gesellschaft im Sinn von Nachhaltigkeit, Umweltbelangen und nicht zuletzt der Friedenssicherung. Die Ausweitung der Rüstungsproduktion ist mit keinem dieser Bereiche vereinbar.

Der militärisch-industrielle Komplex kann kein Interesse am Frieden haben weil es seiner Geschäftsgrundlage widerspricht. Entsprechend versucht er, auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Dies wird ihm um so eher gelingen, je stärker er als Wirtschaftsfaktor ist. Deshalb sollte er so klein wie irgend möglich gehalten werden.

Bremen ist traditionell eine Rüstungshochburg und wurde deshalb im Zweiten Weltkrieg von den Alliierten mit Bomben dem Boden gleich gemacht. Gegenwärtig nimmt die Ausweitung der Rüstungsindustrie und -logistik wieder Fahrt auf: Das Start-up Polaris wird von der Bundeswehr gefördert um ein „Hyperschall-Flugzeug“ zu entwickeln (WK, 27.1.2027), OHB wird zusammen mit Rheinmetall an einer Ausschreibung für militärische Satelliten teilnehmen (WK, 27.1.2027), in Bremmetall an einer Ausschreibung für militärische Satelliten teilnehmen (WK, 27.1.2027), in Bremerhaven ist neben den 1,35 Milliarden Euro für die militärische „Ertüchtigung“ der Häfen ein

völlig neuer Hafen in der Weser für die Marine geplant (Buten und Binnen, 15.1.). Als Friedenspartei sind wir alle gefordert deutlich zu machen, dass die Sicherung von Frieden und die ständige Ausweitung von Rüstung unvereinbar sind.

Antrag A 07 -01: Änderungsantrag zu A 07

Änderungsantrag zu A 07

Antragsteller/in:	Anna Fischer (OV Bremen-West · Nr. 3005)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 1 - 4

- 1 ~~Senator:innen und Fraktion der Partei werden aufgefordert zu verhindern~~Wir begrüßen, dass
- 2 ~~öffentliche bremische Mittel für Rüstungsinvestitionen eingesetzt werden, die in~~
- 3 ~~Auslandseinsätzen und für den Export von Rüstungsgütern verwendet werden. Die~~
- 4 ~~Rüstungsindustrie in Bremen ist zugunsten ziviler Produktion zurück zu fahren~~keine
öffentlichen bremischen Mittel für Rüstungsinvestitionen eingesetzt werden, die in
Auslandseinsätzen und für den Export von Rüstungsgütern verwendet werden und fordern
die Linken Senatorinnen und die Linksfraktion in der Bremischen Bürgerschaft dazu auf, an
dieser Praxis festzuhalten. Wirtschaftssektoren außerhalb der Rüstungsindustrie sind sowohl
kurzfristig als auch in perspektivischer Förderungsplanung zu stärken, um langfristige
Standort-Abhängigkeiten von Rüstungsproduktion zu verhindern.

Begründung

Zur Änderung im 1. Satz: Es gibt aktuell keine öffentliche Förderung von Rüstungsinvestitionen vor - das können wir positiv begrüßen und darüber hinaus natürlich fordern, an der Praxis festzuhalten.

Zur Änderung im 2. Satz: Natürlich finden wir zivile Produktion besser als Rüstungsproduktion. Allerdings erscheint die Forderung angesichts der aktuellen geopolitischen Entwicklungen zumindest unrealistisch. Wir sollten aber unbedingt fordern, dass Anreize gesetzt werden, die Lock-in Effekte und langfristige Abhängigkeiten vermeiden, sodass Bremen von Rüstungskonjunkturen in der Zukunft nicht abhängig ist.

Antrag A 08: Keine weitere Militarisierung Bremerhavens – Investitionen in soziale und zivile Zukunftsperspektiven

Antragsteller/in:	LAG Frieden und Antimilitarismus, Karl Brönnle (OV Bremen-Nord · Nr. 2601), Beekje van Laaten (KV Mitte-Ost · Nr. 4015), Margit Hebeda (KV Links der Weser · Nr. 5006), Dagmar Czyborra, Olaf Zimmer (KV Links der Weser · Nr. 5705), Andrea Spangenberg (KV Links der Weser · Nr. 5016), Elisa Mellin (KV Links der Weser · Nr. 5009), Wilfried Scharenberg (KV Links der Weser · Nr. 5703)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Senator*innen und Fraktion der Partei werden aufgefordert, sich der weiteren
- 2 Militarisierung Bremerhavens zu widersetzen. Stattdessen fordern wir:
- 3 • Keine Militarisierung zivil genutzter Hafenanlagen
- 4 • Keine weitere Einbindung Bremerhavens in NATO-Kriegslogistik
- 5 • Investitionen in soziale Sicherheit statt in militärische Eskalation
- 6 • Stärkung regionaler ziviler Infrastruktur, statt sie zum Risikofaktor
- 7 militärischer Strategien zu machen

Begründung

Bremerhaven droht eine weitere Militarisierung: Rund um den Blexer Bogen sind ein Marinehafen und die Stationierung von Minenjagdbooten geplant. Damit würde die Stadt vom logistischen Umschlagpunkt zu einem operativen Marinestandort werden, während zentrale zivile Zukunftsprojekte wie der Energy Port für Offshore-Windenergie blockiert werden. Bremen und Bremerhaven benötigen dringend finanzielle Unterstützung – aber für sozialen Fortschritt, bezahlbares Leben, Bildung, öffentliche Daseinsvorsorge und wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit. Nicht für die Aufrüstung eines Kriegskorridors.

Die Menschen in Bremerhaven verdienen Investitionen in ihr Leben, nicht in die Vorbereitung zukünftiger Kriege. Statt in militärische Infrastruktur sollte Bremerhaven vorrangig in soziale, wirtschaftliche und ökologische Perspektiven investieren, um Lebensqualität, Klimaschutz und nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklung zu sichern.

Antrag A 14: Für eine progressive linke Sicherheitspolitik

Antragsteller/in:	LAG Internationalismus
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Für eine progressive linke Sicherheitspolitik

2 Verteidigungsfähigkeit von unten statt Militarisierung von oben

3 In der Linken und in der Partei wächst die Unsicherheit über grundlegende
4 Positionen zu Krieg und Frieden: Welche Antworten finden wir angesichts zunehmender
5 militärischer Aggressionen, wie kann Angriffskriegen begegnet werden? Manche wollen
6 am traditionellen „Butter statt Kanonen“-Kurs festhalten und fürchten eine
7 Aufweichung antimilitaristischer Grundsätze.

8 Der atlantische Westen befindet sich in einer tiefen Krise. Die politische,
9 ökonomische und sicherheitspolitische Ordnung, auf die sich Europa jahrzehntelang
10 verlassen hat, ist zerfallen. Mit dem Erstarken autoritärer Kräfte in den USA –
11 insbesondere unter Trump – sind die Vereinigten Staaten kein Partner mehr – mehr
12 noch, sie verhalten sich zunehmend offen feindlich. Europa gerät damit in eine
13 geopolitische Sandwichposition zwischen den imperialen Machtblöcken Russland und
14 USA. In dieser Situation ist strategische Passivität keine Option. Eine linke
15 Sicherheitspolitik muss bereit sein, sich an der Bildung von Bündnissen auf
16 internationaler Ebene – Europa und andere Mittelmächte – zu beteiligen. Es geht
17 primär um Selbstbehauptung gegen imperialistische Angriffe, um gesellschaftliche
18 und militärische Verteidigungsfähigkeit sowie um demokratische Kontrolle.

19 Wir müssen diese Debatte führen – nicht um Anpassung an einen Mainstream zu
20 legitimieren, sondern um eine handlungsfähige linke Strategie unter veränderten
21 Bedingungen zu entwickeln.

22 Progressive linke Sicherheitspolitik bedeutet keinen Schulterchluss mit
23 imperialistischen Mächten, sondern deren Zurückdrängung. Sie richtet sich nicht
24 gegen die arbeitenden Klassen, sondern zielt auf deren Aktivierung.
25 Sicherheitspolitik ist dabei kein Instrument zur Stabilisierung des Status quo,
26 sondern Teil seines Bruchs – als Beitrag zum Kampf gegen Krieg, soziale Verwüstung
27 und den Vormarsch der Rechten. Die weltweit sichtbaren Tendenzen in Richtung
28 Autoritarismus und Faschisierung erfordern entschlossenen und organisierten
29 Widerstand – und dazu gehört auch die individuelle wie die kollektive
30 Selbstverteidigung.

31 Antifaschismus und Antimilitarismus

32 Wir erinnern daran, dass

- 33 • die Niederschlagung des italienischen und deutschen Faschismus nur durch den
34 mutigen Einsatz von Millionen von Soldaten und Partisanen möglich war
- 35 • der Sturz des autoritären portugiesischen Regimes 1974 durch demokratisch
36 gesinnte Militäreinheiten erfolgte
- 37 • der Zusammenbruch der griechischen Militärjunta 1974 durch die Aufkündigung
38 der Gefolgschaft hunderter Offiziere und tausender während der Mobilmachung
39 gegen die Türkei (Zypernkonflikt) bewaffneter Soldaten erfolgte

40 Wir sehen uns in der Tradition dieser antifaschistischen und antimilitaristischen
41 Ereignisse, ohne die ein Übergang zu demokratischen, rechtsstaatlichen und
42 friedfertigen Verhältnissen in unserem und anderen Ländern damals nicht möglich
43 war.

44 **Die Linke steht dabei auf der Seite des Völkerrechts**

45 Wir erleben zunehmende Verletzungen des Völkerrechts:

- 46 • Militärische Angriffe auf die territoriale Integrität unabhängiger Staaten
- 47 • Militärische Annexionen von Gebieten
- 48 • Gewaltsame Angriffe auf die Zivilbevölkerung und Zerstörung ihrer
49 lebensnotwendigen Infrastruktur
- 50 • Verschleppung von Menschen und Geiselnahmen aus überfallenen Gebieten
- 51 • Aggressive Ansprüche auf Gebiete fremder Staaten

52 Wir bekräftigen das Recht eines jeden Staates, sich gegen jede Aggression, wie sie
53 in der 1974 einstimmig angenommenen EntschlieÙung Nr. 3314 der UN (Die Definition
54 des Begriffs Aggression) aufgeföhrt sind, zu verteidigen. Artikel 51 der Charta der
55 Vereinten Nationen billigt jedem Mitglied das „naturegegebene Recht zur
56 individuellen und kollektiven Selbstverteidigung“ zu im „Falle eines bewaffneten
57 Angriffs“. Nothilfe ist im Völkerrecht also explizit erlaubt. Staaten können einem
58 angegriffenen Staat gegen einen bewaffneten Angriff beistehen, solange die
59 Notwehrlage andauert, und kann auch spontan ohne formelles Bündnis erfolgen.

60 *Sicherheit als Gemeinschaftsaufgabe*

61 Im Zentrum steht **nicht** die Militarisierung der Gesellschaft, sondern ihre Stärkung.
62 Eine wehrhafte Gesellschaft schützt sich selbst – gegen äußere Angriffe ebenso wie
63 gegen innere Krisen und autoritäre Entwicklungen. Verteidigung basiert nicht nur
64 auf Bewaffnung, sondern auch auf funktionierenden Krankenhäusern, stabilen
65 Versorgungsnetzen, organisiertem Katastrophenschutz und einer Bevölkerung, die in
66 Krisen kollektiv handlungsfähig ist.

67 *Linke progressive Sicherheitspolitik heißt:*

- 68 • Verteidigungsfähigkeit statt Autoritarismus
- 69 • Schutz der „Kritischen Infrastruktur“, Katastrophenschutz und Zivilschutz als
70 zentrale Sicherheitsfragen
- 71 • gesellschaftliche Resilienz und Fähigkeit zur Selbstverteidigung
- 72
- 73 • keine Disziplinierung von oben, sondern organisierte kollektive
74 Handlungsfähigkeit
- 75 • Sicherheit als demokratische Gestaltungsmacht derjenigen, die von Krieg und
Krisen am stärksten betroffen sind

76 *Linke Oppositionspolitik in neuer Lage*

- 77 Sicherheitspolitik wird derzeit von konservativen und rechten Kräften dominiert.
78 Ohne eine eigene linke Perspektive bleibt Militarismus hegemonial – lediglich
79 nationalistisch aufgeladen. Eine progressive Alternative muss deshalb Sicherheit,
80 Verteidigung und gesellschaftliche Resilienz zusammen denken.
- 81 Eine „Friedenspolitik“ ohne Strategie reicht unter den Bedingungen von Krieg,
82 Klimakatastrophen und globaler Eskalation nicht mehr aus. Verteidigung ist kein
83 Spiel mit dem Feuer, sondern der Umgang mit bestehenden Bränden.

84 **Eine demokratische Verteidigungsarmee**

85 Wir weisen darauf hin, dass

- 86 • das Grundgesetz die Vorbereitung und Führung eines Angriffskrieges verbietet
87 und solche nachgewiesenen Handlungen unter höchste Strafe stellt [
88 Art. 26
89 Grundgesetz]
- 90 • das Völkerrecht Bestandteil des Bundesrechtes ist [
91 Art. 25 Grundgesetz]
- 92 • die Bundeswehr eine Parlamentsarmee ist, die nur durch Beschluss der
demokratisch gewählten Volksvertreter in Einsatz gebracht werden darf [
Art.
87a, 115b Grundgesetz]

93 In diesem Zusammenhang setzen wir uns dafür ein, dass der von jedem Soldaten zu
94 leistende Eid (§9 – Soldatengesetz) nicht nur die Verpflichtung zur Verteidigung
95 des Rechts und der Freiheit des deutschen Volkes beinhaltet, sondern ergänzt wird
96 durch die Verpflichtung, das friedliche Zusammenleben der Völker nicht zu stören
97 (Art. 26.1) und die Achtung des Völkerrechts.

98 *Gegen rechte Militarisierung*

99 In den fast 70 Jahren ihres Bestehens kam es in der Bundeswehr immer wieder zu
100 rechtsextremistischen Vorfällen. Damit wird die Bundeswehr nicht unter

101 Generalverdacht gestellt, ebenso wenig wird behauptet, dass Rechtsextremismus dort
102 häufiger vorkommt als in der Gesamtgesellschaft. Gleichzeitig begünstigen
103 militärische Prinzipien wie Disziplin, Hierarchie, Gehorsam und Unterordnung die
104 Anschlussfähigkeit an rechte Weltbilder. Hinzu kommen sozioökonomische
105 Selektionsmechanismen einer Berufsarmee, die sich überdurchschnittlich aus jüngeren
106 Männern mit geringerer Bildung, unsicheren Erwerbsperspektiven oder aus
107 strukturschwachen Regionen rekrutiert.

108 Es ist kein Widerspruch, zugleich die Gefahr einer Berufsarmee zu benennen und
109 Zwangsdienste abzulehnen. Wir gestalten diese Entscheidungen nicht, müssen aber
110 politisch auf sie reagieren. In linker Tradition wäre es notwendig,
111 gesellschaftliche Felder – auch das Militär – nicht kampflos preiszugeben, sondern
112 dort internationalistische und antifaschistische Gegenmacht aufzubauen. „Linke in
113 die Bundeswehr!“ – Nicht als Pflicht, aber als Option.

114 *Ein linker Zugang zur Sicherheitspolitik*

115 **1. Verteidigungsfähigkeit als demokratisches Prinzip**

116 Anstatt autoritärer Militarisierung braucht es Verteidigungsfähigkeit von unten mit
117 Fokus auf Zivilverteidigung, Zivilschutz und Widerstand gegen autoritäre
118 Bedrohungen.

119 **2. Militär als Teil der zivilen Gesellschaft**

120 Militärische Strukturen müssen nicht zwangsläufig autoritär sein. Linke Bewegungen
121 haben historisch militärpolitische Komponenten integriert – von Arbeiterwehren über
122 republikanische Milizen bis zu antifaschistischen und antikolonialen
123 Widerstandsbewegungen. Der entscheidende Unterschied zur rechten Militarisierung
124 liegt in demokratischer Verankerung und dem Bruch mit nationalistischer Ideologie.

125 **3. Verteidigung und Zivilschutz zusammen denken**

126 Linke Sicherheitspolitik verbindet militärische Verteidigung mit ziviler Resilienz:
127 kein Festungsdenken, sondern ein Netz widerstandsfähiger gesellschaftlicher
128 Strukturen. Dezentrale Logistik, kollektive Vorbereitung und eine handlungsfähige
129 Bevölkerung erhöhen Abschreckung und senken Eskalationsrisiken. Eine
130 widerstandsfähige Gesellschaft ist ein wichtiger Bestandteil linker
131 Sicherheitspolitik.

Begründung

Auf dem letzten Parteitag war beschlossen worden zum Thema „Sicherheitspolitik“ eine Landesmitgliederversammlung durchzuführen. Dort soll die ganze Breite an Positionen zum Thema ‚Krieg und Frieden‘ auf den Tisch‘ gepackt werden, in der Hoffnung, das produktiv diskutierbar zu machen, was an unterschiedlichen Positionen in den LAG's und dem Parteivolk vorliegt.

Gleichzeitig haben wir unseren Antrag zurückgezogen (LAG Internationalismus - Antrag zur

Wehrpflicht) ebenso wie einige andere Anträge mit Sicherheitspolitischem Bezug zurückgezogen wurden. Wir fanden das einen guten Vorschlag, um eine wichtige und erwartbar sehr kontroverse Debatte nicht „platt“ auf einem Parteitag über Anträge zu führen.

Nun ist der Landesvorstand dieser Landesmitgliederversammlung zuvorgekommen, indem jede Menge sicherheitspolitische Floskeln im Leitantrag des Landesvorstands gesetzt werden.

Das verstößt gegen den Beschluss des letzten Parteitages.

Darüber hinaus sind die Positionen aus dem Leitantrag offensichtlich hoch strittig. Es gibt keine Einordnung in die dramatische weltweit vor allem für Europa veränderte Sicherheitsarchitektur nach Trump II. Es wird nichts hergeleitet, erklärt oder analysiert.

Wir schlagen vor, alle Friedensfloskeln und sicherheitspolitischen Bezüge aus dem Leitantrag zu streichen. Alternativ hätten wir den Leitantrag bearbeiten können, den Themen einigermaßen gerecht zu werden. Daraus wäre dann aber letztlich ein neuer Leitantrag geworden.

Stattdessen haben wir uns entschieden ergänzend zu unseren Streichungen im Leitantrag einen eigenen Antrag zu stellen, um unsere Position zu erklären.

Wer den Antrag noch unterstützen möchte, meldet sich bitte (01621076074 über Signal, Telegram oder Whatsapp, oder arnd.zibert@gmail.com)